

Matthias Spielkamp: Open Access¹

Stellen Sie sich vor, Sie arbeiten als Wissenschaftler an einer Universität und veröffentlichen einen Artikel in einer Fachzeitschrift, in einem so genannten Scientific Journal. Um Ihren Aufsatz dort zu publizieren, fordert der Verlag, dass Sie alle Verwertungsrechte exklusiv abtreten. Das ist eine durchaus übliche Praxis. Sie bedeutet, dass Sie den Aufsatz anschließend nicht mehr selber veröffentlichen dürfen, etwa auf Ihrer eigenen Website oder der des Instituts, an dem Sie arbeiten.

Der Artikel erscheint, und Sie bekommen ein Belegexemplar zugeschickt. Weil Sie ein so begnadeter Wissenschaftler sind, der unbedingt auch seine Studenten an seinen Erkenntnissen teilhaben lassen möchte, nehmen Sie den Aufsatz ins Curriculum für das kommende Semester auf.

Zu Beginn des Semesters berichtet eine Ihrer Studentinnen, dass sie das Journal in der Universitätsbibliothek nicht bekommen hat. Sie rufen in der Bibliothek an und fragen warum, und die zuständige Bibliothekarin erklärt Ihnen, dass die Zeitschrift in den vergangenen drei Jahren um die Hälfte teurer geworden ist. Das betrifft nicht nur diese Zeitschrift, sondern viele, aber der Etat der Bibliothek ist gesunken. Sie kann sich ein Abo schlicht nicht mehr leisten.

Die Universität hat also Ihre Forschung bezahlt. Die Ergebnisse dieser Forschung haben Sie in einem Aufsatz veröffentlicht. Der steht nun in einer Zeitschrift, die sich Ihre Universität nicht leisten kann.


Wenn Ihnen absurd vorkommt, dann kann ich nicht widersprechen. Aber was ich beschreiben ist kein Einzelfall, sondern im Wissenschaftsbetrieb völlig normal.

Ein Grund dafür ist das, was in Fachkreisen „Journal Crisis“ genannt wird, Zeitschriftenkrise. Seit den 1990er Jahren sind die Preise für viele wissenschaftliche Fachzeitschriften stark gestiegen, erst nur wenig mehr als die Inflationsrate, später dann um bis zu 30 Prozent pro Jahr².

Betroffen sind vor allem die so genannten STM-Disziplinen, also Science, Technology, Medicine (Wissenschaft, Technologie, Medizin). Die meisten Beobachter sehen die Gründe darin, dass nur noch wenige große Verlage den Markt unter sich aufteilen und damit die Preise diktieren können.

Bibliotheken können aber nicht einfach auf Konkurrenzprodukte, also etwa billigere Magazine umsteigen, weil die Wissenschaftler auf die Informationen in den bekannten Zeitschriften angewiesen sind. Gleichzeitig stagnieren die Etats der Universitäten und Bibliotheken in vielen Ländern oder haben sich sogar verringert. Das führt dazu, dass sie die Abonnements vieler Fachzeitschriften abbestellen mussten.

Für etliche Wissenschaftler Grund genug zu versuchen, diese Verhältnisse zu ändern. Der Begriff, den sie dafür geprägt haben: „Open Access (to scientific publications)“ – auf Deutsch: freier Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen.

¹  Dieser Vortrag steht unter der CC-Lizenz by-sa/3.0/de, <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>

² vgl. The Wellcome Trust: Economic analysis of scientific research publishing, Histon 2003, online abrufbar unter http://www.wellcome.ac.uk/stellent/groups/corporatesite/@policy_communications/documents/web_document/wtd003182.pdf

Im Januar 2002 trafen sich Wissenschaftler auf Einladung des Open Society Institutes in Budapest, um genauer zu definieren, was sie erreichen wollen. In der Szene berühmt geworden sind die ersten Sätze des Aufrufs der Budapester Open Access Initiative. Sie lauten:

„Durch das Zusammentreffen einer alten Tradition mit einer neuen Technologie ist ein bisher beispielloses Gemeingut verfügbar geworden. Mit der alten Tradition ist die Bereitschaft von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen gemeint, die Ergebnisse ihres Arbeitens in Fachzeitschriften zu veröffentlichen und diese Veröffentlichungen anderen zur Verfügung zu stellen, ohne hierfür bezahlt zu werden. Die neue Technologie ist das Internet. Das Gemeingut, das aus deren Zusammentreffen hervorgehen kann, besteht darin, dass Zeitschriftenbeiträge, die das Peer-Review durchlaufen haben, weltweit elektronisch zugänglich gemacht werden können - kostenfrei und ohne Zugangsbeschränkungen für Forschende, Lehrende und Studierende und für alle anderen, die an den Ergebnissen der Wissenschaft interessiert sind.“³

Die Idee fand in kurzer Zeit viele Anhänger, vor allem in den STM-Disziplinen. Bis heute haben 4822 Einzelpersonen und 445 Institutionen diesen Aufruf unterschrieben⁴.

Seit Budapest kann man davon sprechen, dass es eine Open-Access-Bewegung in den Wissenschaften gibt. Wie wichtig sie sehr schnell geworden ist, zeigt die "Berliner Erklärung", die einen "offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen" fordert und 2003 verabschiedet wurde. Alle bedeutenden deutschen Forschungsvereinigungen haben sie unterzeichnet: die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Fraunhofer-, und Max-Planck-Gesellschaften, die Helmholtz-Gemeinschaft und vielen andere⁵.

Dazu wurde sie von zahlreichen wichtigen ausländischen Vereinigungen und Universitäten unterzeichnet, vom französischen Centre National de la Recherche Scientifique über den Wissenschaftsfonds aus Österreich und den Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung der Schweiz bis hin zur Chinesischen Akademie der Wissenschaften.

Schnell stellten die Open Access-Vordenker allerdings fest, dass es für Wissenschaftler nicht damit getan sein kann, ihre Publikationen auf der eigenen Website zu veröffentlichen. Denn zum einen wäre es in den meisten Fällen nicht garantiert, dass die Artikel wirklich auf Dauer zuverlässig abrufbar wären.

Schon ein einziger Festplatten-Crash oder eine unbezahlte Provider-Rechnung könnten dazu führen, dass Artikel unwiederbringlich verloren wären. Zum anderen ist es wichtig, die Publikationen möglichst leicht auffindbar zu machen. Und nicht zuletzt: kaum ein Wissenschaftler hat Lust, sich um diese Dinge zu kümmern.

Zur Lösung werden so genannte Online-Repositorien aufgebaut: elektronische Depots, in die Wissenschaftler ihre Artikel einspeisen können. Mehrere Hundert Institutionen in der ganzen Welt haben inzwischen diese Pläne umgesetzt und solche Depots eingerichtet. Sie werden meist von Universitäten oder Forschungseinrichtungen finanziert und professionell verwaltet, womit die Gefahr technischer Probleme verringert wird. Außerdem werden die Artikel dort nach eingeführten bibliothekarischen Standards verwaltet, so dass sie gut gefunden werden können.

Zugleich haben traditionelle Wissenschaftsverlage auf Druck der Open-Access-Gemeinde zum Teil damit begonnen, ihre Geschäftsmodelle zu ändern. Selbst die Marktführer wie Reed Elsevier,

³ <http://www.soros.org/openaccess/g/read.shtml>

⁴ <http://www.soros.org/openaccess/g/view.cfm>

⁵ <http://oa.mpg.de/openaccess-berlin/signatories.html>

Springer Science and Business Media oder Wiley, die Milliardenumsätze machen, geben inzwischen „ihren“ Autoren die Möglichkeit, Aufsätze in Open-Access-Repositories einzuspeisen (wenn auch oft nur nach vergleichsweise hohen Publikationszuschüssen durch die Autoren oder ihre Arbeitgeber)⁶.

Stevan Harnad, Linguistik-Professor an den Universitäten Southampton und Montreal und einer der Gründer der Open-Access-Bewegung, nennt das den „grünen Weg“: Forscher veröffentlichen weiterhin in den etablierten Journals, machen danach aber ihre Arbeiten über Open-Access-Datenbanken frei zugänglich.

Allerdings gibt es Kritik an dieser Methode. Denn die Verlage erlauben den Zugang oft nur unter bestimmten Bedingungen: etwa, dass ein Aufsatz erst sechs oder sogar zwölf Monate nach Erscheinen im Verlags-Journal als Open-Access-Dokument online gestellt werden darf, und dann unter Umständen auch nur mit einer veränderten Paginierung, also anderen Seitenzahlen und Layout.

Zum einen sind die Informationen – je nach Fachdisziplin – nach einem solchen Zeitraum aber bereits veraltet, zum anderen erschwert ein anderes Layout das Zitieren erheblich. Für das wird dann doch wieder die Journal-Ausgabe gebraucht.

Einige Open-Access-Unterstützer bevorzugen daher das, was Harnad den „goldenen Weg“ nennt: Autoren treten ihre Rechte nicht an einen konventionellen Verlag ab, denn dann wären sie dessen Bedingungen unterworfen. Stattdessen veröffentlichen sie direkt in einem Verlag, der dem Open-Access-Gedanken verpflichtet ist. In dem Fall werden die Artikel sofort frei zugänglich gemacht. Die Autoren behalten ihre Verwertungsrechte in vollem Umfang. Die Redaktion organisiert den Peer Review und stellt die Datenbank zur Verfügung, aus der die Beiträge abrufbar sind. Beispiele für derartige Verlage sind die Public Library of Science oder BioMedCentral, die inzwischen in ihren Fachgebieten einen ausgezeichneten Ruf genießen.

Vielleicht heißt es Eulen nach Athen zu tragen, hier noch einmal das System des Peer Reviews zu erläutern, aber da ich nicht genau weiß, inwieweit sie alle damit vertraut sind und es in diesem Zusammenhang eine große Rolle spielt, eine kurze Erläuterung.

Peer Review bedeutet Begutachtung durch Fachkollegen und beschreibt ein Verfahren, bei dem ein Verlag einen eingereichten Aufsatz nicht sofort veröffentlicht. Sondern er wird erst an eine Gruppe von Wissenschaftlern geschickt, die mit dem Thema vertraut sind. Sie weisen gegebenenfalls auf Probleme hin und bitten den Verfasser, den Aufsatz zu ändern. Erst wenn sie zufrieden sind, wird er veröffentlicht. Die Gutachter können einen Aufsatz auch ablehnen. Bekannte Journals brüsten sich damit, dass sie eine Ablehnungsquote von 70 Prozent oder mehr haben.

In fast keinem Fall bekommen die Wissenschaftler ein Honorar für diese Begutachtung. Sie betrachten sie einerseits als selbstverständlichen Teil ihrer wissenschaftlichen Arbeit; zum anderen ist viel Renommee damit verbunden, bei bedeutenden Zeitschriften Gutachter zu sein. In vielen Disziplinen - vor allem der Medizin, den Natur- und Ingenieurwissenschaften - gibt es keine

⁶ vgl. Velterop, Jan: Das Beispiel eines Hybrid-Modells: Springer Open Choice, in: Deutsche UNESCO-Kommission: Open Access. Chancen und Herausforderungen, Bonn 2007, S. 37 ff., online abrufbar unter http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Kommunikation/Handbuch_Open_Access.pdf

wichtigen Journals, die ohne Peer Review auskommen. Das gilt allerdings nicht für die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, wo der Anteil von Peer Reviews wesentlich kleiner ist⁷.

Doch Peer Review kostet trotzdem Geld, denn er muss organisiert werden. Auch die Online-Repositorien kosten Geld, also die Datenbanken, in denen die Zeitschriften archiviert und zugänglich gemacht werden. Das scheint trivial zu sein, muss aber erwähnt werden. Denn es gibt Open-Access-Anhänger die behaupten, dass durch Open Access das Wissen der Welt kostenlos zur Verfügung gestellt werden könne. Das stimmt so nicht.

Daher haben sich verschiedene Modelle etabliert, wie Open Access finanziert werden kann. Die meisten Open-Access-Verlage erheben Publikationsgebühren, die von den Autoren oder deren Arbeitgebern – beispielsweise Universitäten oder Forschungsgemeinschaften – bezahlt werden. Ihr Argument: die Universitäten sparen dadurch, dass sie die Forschungsergebnisse nicht mehr über ein teures Zeitschriftenabonnement zurückkaufen müssen, immer noch Geld. Und der Nutzen für die Wissenschaft – und damit auch die Allgemeinheit – steigt, da die Aufsätze kostenlos zur Verfügung stehen.

Inzwischen haben viele große Forschungsgemeinschaften Vereinbarungen getroffen, um diese Gebühren zu übernehmen. Vor drei Wochen hat zum Beispiel die Max-Planck-Gesellschaft mit der Public Library of Science, einem der bedeutendsten Open Access Journals in den Life Sciences, einen Vertrag darüber geschlossen, dass die Max-Planck-Gesellschaft die Publikationskosten von Wissenschaftlern der MPG zentral übernimmt. Sämtliche Publikationen, deren Erstautor ein Wissenschaftler der MPG ist und die ab dem 1. Juli 2008 von PLoS zur Publikation akzeptiert werden, belasten also nicht mehr die Etats der einzelnen Max-Planck-Institute, sondern werden aus zentralen Mitteln der MPG finanziert⁸.

Kritiker sehen das Modell mit Skepsis. Sie argumentieren, dass manche Wissenschaftler Probleme haben könnten, ihre Forschungsergebnisse zu veröffentlichen, weil ihnen das Geld zur Veröffentlichung fehlt, zum Beispiel solche aus Entwicklungsländern. Sie setzen zum Teil ihre Hoffnungen auf Modelle wie arXiv. Dort werden alle eingereichten Aufsätze, die in einem Zustand sind, der ein Peer Review zulässt, veröffentlicht. Erst dann werden in einem längeren Prozess die Aufsätze bewertet: durch Zugriffszahlen, indem Leser die Arbeiten bewerten oder sie wiederum in renommierten Zeitschriften veröffentlicht werden. Durch diesen Ansatz können Publikationskosten auf 1 bis 5 US-Dollar pro Artikel gesenkt werden. Man kann aber davon ausgehen, dass sich in einem großen Maße Publikationsgebühren durchsetzen werden.

Wie wird Open Access in den Wissenschaften angenommen? Sehr unterschiedlich. Welche Wissenschaftler Open Access überhaupt kennen, ist vor allem vom Fachgebiet abhängig, in dem sie arbeiten. In den STM-Disziplinen – also Science, Technology, Medicine – ist die Fachzeitschrift das relevante Medium. Wenn nun also eine Bibliothek eine Zeitschrift nicht mehr führt, werden die Forschungsergebnisse unsichtbar, was eine ganz schlechte Situation für Wissenschaftler ist. Auch das ist ein Grund dafür, warum in den STM-Disziplinen Open Access so bekannt ist: reines Eigeninteresse. Aber das war schon immer der wichtigste Antrieb, und dagegen ist ja auch nichts zu sagen.

⁷ vgl. Lossau, Norbert: Der Begriff „Open Access“, in: Deutsche UNESCO-Kommission: Open Access. Chancen und Herausforderungen, Bonn 2007, S. 10 ff,
http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Kommunikation/Handbuch_Open_Access.pdf

⁸ http://open-access.net/de/austausch/news/news/anzeige/mpg_schliesst_open_access/

Bei den Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlern, und eben auch bei den Juristen, ist allerdings nach wie vor das gedruckte Buch das primäre Medium, in dem Forschungsergebnisse veröffentlicht werden und somit Renommee erzeugt wird.

Dementsprechend unterschiedlich hat sich der Open-Access-Gedanke bisher verbreitet. In einer großen Studie im Jahr 2005 hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)⁹ herausgefunden, dass rund 35 Prozent der Naturwissenschaftler, aber nur 8 Prozent der Geistes- und Sozialwissenschaftler schon einmal einen Artikel per Open Access offen zugänglich gemacht haben.

Die meisten Open Access Publikationen kommen aus den Naturwissenschaften, unmittelbar gefolgt von den Ingenieurwissenschaften; das Schlusslicht bilden wiederum die Geistes- und Sozialwissenschaften.

Eine ganz wichtige Erkenntnis ist, dass Forscher glauben, aus Open Access-Publikationen werde seltener zitiert oder bibliografisch nachgewiesen als aus herkömmlichen Veröffentlichungen. Das glaubten rund 74 Prozent aller befragten Wissenschaftler.

Das ist deshalb so wichtig, weil gerade in den STM-Disziplinen der so genannte Impact Factor der Zeitschriften eine gewaltige Rolle spielt. Dieser Impact Factor basiert darauf, wie oft Artikel aus einer Zeitschrift in anderen Artikeln zitiert werden. Dieser Impact Factor ist zwar umstritten, hat sich aber in den STM-Disziplinen zu einem enorm wichtigen Faktor entwickelt: Professuren, Forschungsaufträge und Fördergeld werden danach vergeben, wie viele Artikel ein Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin in High Impact Factor Journals veröffentlicht hat.

Dementsprechend sensibel sind Forscher für diese Fragen. Dabei fällt allerdings auf, dass es einen erheblichen Unterschied gibt zwischen denjenigen, die Open Access bereits nutzen und denen, die davon noch keinen Gebrauch machen. Während nur 34,5 Prozent der regelmäßigen Nutzer von Open Access-Zeitschriften der Meinung sind, dass aus ihnen seltener als aus herkömmlichen Publikationen zitiert wird, glauben das 90 Prozent der Nicht-Nutzer.

Wie wird sich die Situation nun entwickeln? Die Zahl der Open-Access-Journale und -Repositorien ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Auch der Bekanntheitsgrad unter Wissenschaftlern steigt stetig. Und Open Access hat inzwischen auch Unterstützung durch einige Politiker bekommen, allerdings mit starken Einschränkungen. In Deutschland gab es den Versuch, Open-Access-fördernde Regelungen ins Urheberrechtsgesetz aufzunehmen.

Die Kultusministerkonferenz hatte schon im Jahr 2004 vorgeschlagen, Paragraph 43 des Urheberrechtsgesetzes zu ergänzen¹⁰. Es sollte dadurch Hochschulen und Forschungseinrichtungen ermöglicht werden, die im Rahmen ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden und zur Veröffentlichung vorgesehenen wissenschaftlichen Werke der dort Beschäftigten im Wege der Zweitveröffentlichung nicht kommerziell zu nutzen, etwa zur Einstellung in den eigenen Hochschulserver.

⁹ Deutsche Forschungsgemeinschaft: Publikationsstrategien im Wandel?, Bonn 2005, online abrufbar unter http://www.dfg.de/dfg_im_profil/zahlen_und_fakten/statistisches_berichtswesen/open_access/download/oa_ber_dt.pdf

¹⁰ vgl. Pflüger, Thomas: Die rechtliche Absicherung von Open Access – zur Position der der Kultusministerkonferenz, in: Deutsche UNESCO-Kommission: Open Access. Chancen und Herausforderungen, Bonn 2007, S. 69 ff., online abrufbar unter http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Kommunikation/Handbuch_Open_Access.pdf

Gegen diesen Vorschlag gab es verschiedene Bedenken, die die Wissenschaftsfreiheit betreffen. Berechtigt oder nicht, er wurde jedenfalls erst gar nicht in den Referentenentwurf zum 2. Korb aufgenommen.

Der Jurist Gerd Hansen vom Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum hat daraufhin einen anderen Vorschlag dafür gemacht, wie Open Access im Urheberrecht verankert werden könnte. Paragraph 38 sollte ergänzt werden um folgenden Satz:

„An wissenschaftlichen Beiträgen, die im Rahmen einer überwiegend mit öffentlichen Mitteln finanzierten Lehr- und Forschungstätigkeit entstanden sind und in Periodika erscheinen, hat der Urheber auch bei Einräumung eines ausschließlichen Nutzungsrechts das Recht, den Beitrag nach Ablauf von grundsätzlich sechs Monaten seit Erstveröffentlichung öffentlich zugänglich zu machen, soweit dies zur Verfolgung nicht-kommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist“¹¹.

Auch dieser Vorschlag wurde vom Gesetzgeber nicht berücksichtigt.

Warum ist das so? Man darf getrost davon ausgehen, dass es an den Verlegerinteressen gelegen hat. Sie wehren sich mit Zähnen und Klauen dagegen, weil Open Access Ihr Geschäftsmodell unterminiert, und sie haben im Justizministerium ein offenes Ohr dafür gefunden. Wie so oft, wurde auch hier wieder vor allem das Argument angeführt, Open Access bedrohe Arbeitsplätze in der Verlagsbranche¹². Das ist auch der Fall, so lange die Verlage an ihrem Geschäftsmodell festhalten, ihr Geld vor allem damit zu verdienen, gegen Bezahlung Nutzungsrechte einzuräumen.

Wie eben beschrieben, führt das zu einer Situation, die betriebswirtschaftlich für einige wenige Verlage sehr gewinnbringend sein kann, volkswirtschaftlich betrachtet aber ein Irrsinn ist.

So hat etwa John Houghton, Ökonomeprofessor der xy University in Australien für das Joint Information Systems Committee (JISC) die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Open Access in Australien und England untersucht. Er geht für Open Access von einem Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1:30 bis 1:50 aus. Das bedeutet, dass jeder Euro, der in Open Access investiert wird, beispielsweise in den Aufbau von Peer Review und Repositorien, einen volkswirtschaftlichen Ertrag von 30 bis 50 Euro bringt¹³. Das, so Houghton, sei eine sehr hohe Zahl wenn man sich vor Augen führe, dass viele öffentliche Straßen und Brücken gebaut werden, wenn ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1:2 oder 1:3 in Aussicht steht¹⁴.

Ein berühmtes Wort Victor Hugos ist bereits oft bemüht worden, ich zitiere es dennoch: „Nichts auf der Welt ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“

Es ist offensichtlich, dass die Idee des Open ist gekommen ist. Es kann durchaus noch eine Generation dauern, bis sie sich vollständig durchgesetzt hat – und vollständig heißt ja auch nur, in den wissenschaftlichen Disziplinen und Publikationsformen, in denen sie einen Sinn hat. Aber dort wird sie sich durchsetzen.

¹¹ Hansen, Gerd: Zugang zu wissenschaftlicher Information – alternative urheberrechtliche Ansätze, in: GRUR Int. 2005, S. 378ff.

¹² vgl. Deutsche Schriftsteller und Verlage gegen Open Access, iRights.info, 15. Mai 2007, http://www.irights.info/index.php?id=81&tx_ttnews%5Btt_news%5D=166

¹³ Houghton, John und Peter Sheehan: The Economic Impact of Enhanced Access to Research Findings, CSES Working Paper No. 23, July 2006, online abrufbar unter <http://www.cfes.com/documents/wp23.pdf>

¹⁴ Houghton im Podcast „Uncovering the social and economic benefits of Open Access“, online abrufbar unter <http://www.jisc.ac.uk/news/stories/2008/08/podcast55johnhoughton.aspx>

Heißt das, dass die Verlage aufhören werden zu existieren? Nicht zwangsläufig. Es gibt zahlreiche Dienstleistungen, die wichtig sind für das Funktionieren des Systems wissenschaftlicher Publikationen. Peer Review ist nur eine davon. Andere sind dafür zu sorgen, dass Informationen gut und sicher archiviert, strukturiert und auffindbar sind. Dafür können selbstverständlich auch Verlage sorgen. Aber die Zeit, in denen sie Zeitschriftenabos für mehrere Hundert oder sogar Tausend Euro im Jahr verkaufen konnten, die wird vorbei sein. Einige Verlage haben das bereits bemerkt und sind dabei, ihre Geschäftsmodelle darauf umzustellen. Für die anderen wird es ein böses Erwachen geben.

Gibt es nun eine Parallele zur Filmwirtschaft? Auf den ersten Blick nicht, aber Herr Klimpel hat mich auf einen interessanten Gedanken aufmerksam gemacht. Warum sollte nicht auch Open Access gelten für die Filmwerke, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, etwa aus der Filmförderung?

Ich bin kein Jurist und kann daher die rechtlichen Implikationen nicht abschätzen. Aber es ist schon eine spannende Gedankenspielerei sich vorzustellen, dass etwa das Rohmaterial der Filme, die gedreht werden, anderen zur Verfügung gestellt werden könnte, die daraus eigene Filme schneiden können. Eine Collage aus Material von „Yella“ und „Keinohrhasen“ stelle ich mir sehr erheiternd vor. Ob die Regisseure diese Erheiterung teilen würden, wage ich nicht zu sagen. Und überlasse das jetzt der Diskussion. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!